

# Einwohnerrat Pratteln

## Protokoll Nr. 366

Einwohnerratssitzung vom Montag, 27. August 2007, 19.00 Uhr, in der alten Dorfturnhalle

---

Anwesend	34 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Philippe Doppler, Rös Graf, Rolf Hohler, Heinz Schiltknecht, André Stöckli, Fredi Wiesner
Vorsitz	Stephan Ackermann
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Martin Suter

---

### Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Ersatzwahlen in die BPK und RPK	2499
2.	Quartierplanvorschriften „Geschäftshaus Geisseler“, 1. Lesung	2497
3.	Zonenplan Siedlung, Planung Pratteln Mitte, Bericht der BPK, 1. Lesung	2492
4.	Betriebsverein SPITEX Pratteln-Augst-Giebenach / Verlängerung Finanzvertrag	2496
5.	Motion 2363 betr. „Blockzeitenreglement“ / Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 10. Juli 2007	2363
6.	Interpellation von B. Künzli betr. „Trinationaler Atom-Schutzverband der Bevölkerung um das Atomkraftwerk Fessenheim“ / <i>schriftliche Beantwortung</i>	2478
7.	Teilrevision des Personalreglements vom 24. Januar 2000, 2. Lesung	2480
8.	Teilrevision des Abfallreglements vom 25. November 2002: - Ausnahmen vom Entsorgungsmonopol bei siedlungsähnlichen Abfällen aus Industrie, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben - Einführung des Bussenanerkennungsverfahrens / <i>Rücknahme des Geschäfts</i>	2484
9.	Interpellation von Thomas Vogelsperger betr. „Bioklappe in Pratteln“ / <i>schriftliche Beantwortung</i>	2485
10.	Postulat von Erich Weisskopf betr. „Kein Schleichverkehr im Neusatzweg“	2486
11.	Motion von Ruedy Meury betr. Revision des Reglements über die Vergütung der Behörden, Kommissionen und nebenamtliche Funktionen der Gemeinde Pratteln (Behördenreglement) vom 24. Mai 2004	2494

12. Postulat von Stefan Löw betr. „Prattler Dorfkerngestaltung“

2495

13. Fragestunde (nach der Pause)

**Neue persönliche Vorstösse:**

keine

**Mitteilungen:**

- André Stöckli, FDP, hat seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat per 31. August 2007 bekannt gegeben. An seiner Stelle rückt ab 1. September 2007 Thomas Sollberger nach.

**Beschlüsse**

**Geschäft Nr. 2499**

**Ersatzwahlen in die BPK und RPK**

In stiller Wahl werden gewählt:

- ://: 1. **Thomas Sollberger**, FDP, in die Bau- und Planungskommission (BPK) ab 1. September 2007 für den Rest der Amtsperiode.
2. **Emil Job**, Unabhängige/Grüne, in die Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode.

**Geschäft Nr. 2497**

**Quartierplanvorschriften „Geschäftshaus Geisseler“, 1. Lesung**

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 7. August 2007

**Albert Willi, Kurt Lanz, Stefan Löw und Petra Ramseier** sind für Eintreten und Überweisung an die Bau- und Planungskommission.

**Kurt Lanz:** Ich will von der BPK wissen, warum der food-Teil im Text mit 500m<sup>2</sup> und im Plan mit 714 m<sup>2</sup> erwähnt wird. Mir scheinen die 714 m<sup>2</sup> etwas gross.

**Stefan Löw:** Wir möchten an der Zugänglichkeit mit 330 Parkplätzen festhalten.

Der Rat beschliesst einstimmig:

- ://: Das Geschäft Nr. 2497 wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

**Geschäft Nr. 2492****Zonenplan Siedlung, Planung Pratteln Mitte, Bericht der BPK,  
1. Lesung**Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 5. Juni 2007
- Bericht der BPK vom 8. August 2007
- Neuer Beschlussfassungsentwurf der BPK vom 22. August 2007

**GP Beat Stingelin:** Die Dossiers haben wir in vielen Kommissionssitzungen beraten. Es wurde eine harte, aber gute Arbeit geleistet. Die braunen Zonen sind neu. Das sind die sogenannten Zentrumszonen im Bahnhofbereich. Zone 2 mit dem Buss-Areal, das Coop-Areal und bei der ehemaligen Coop-Kaffeerösterei und Z 1 beim Bussparkplatz. Der überregionale Verkauf ist ganz klar hier beschränkt. Neben acqua basilea (Raurica Nova) haben wir das Admes-Areal. Die Firma Dehner möchte hier ein Gartencenter errichten. Wir sind der Meinung, dass man es so lässt wie es ist und danach eine Zonenplanänderung durchführt. Dann haben wir die Gewähr, dass tatsächlich das gebaut wird, was uns unterbreitet wird. Ansonsten machen wir „zweite“ und das wollen wir nicht. Die BPK und der Gemeinderat sind nicht abgeneigt, wenn dort ein Gartencenter errichtet würde, analog dem Gartencenter Weiss in Muttenz. Wenn dort Freizeit entstehen würde haben wir ein Problem. Die Wohnblocks sind mehr Lärm ausgesetzt als bei einem Gartencenter. Nun, wir warten ab, bis ein Quartierplanbegehren gestellt wird. Zu Pratteln West: Wir haben mit allen grossen Landbesitzern Kontakt gehabt. Wir haben uns überall einigen können ausser hier: Die Firma Lischac will nach wie vor 45 Meter über das ganze Areal mit Verkauf und Lastwagenverkehr. Die Kommission und der Gemeinderat sind damit nicht einverstanden. Das hat einen Zusammenhang mit dem Strassennetzplan. Diese abgeschlossene Strasse muss geöffnet werden, damit wir den Kästeliweg vom Lastwagenverkehr entlasten können. Zum Strassennetzplan: Die BPK hat gefragt, warum vor dem Coop nichts eingezeichnet ist. Dort haben wir einen Fussweg, teilweise mit Radverkehr. Die fehlende Verbindung bis zum Bözbergweg wird noch gemacht und der violette Weg eingezeichnet. Eine Verbindung über die Passerelle macht ja keinen Sinn, weil niemand das Velo schultert. Das benutzt niemand und das geht auch nicht. Der Radweg ist auf der anderen Seite. Beim Rangieren ist die Gefahr gerade bei Ortsunkundigen zu gross. Der Weg durch das ehemalige Schindlerareal ist ein zurück zu dem, was wir schon einmal gehabt haben. Mir ist wichtig, dass wir den Verkehr nicht durch das Dorf leiten. Das darf nicht sein. Zur Lärmempfindlichkeit: Wir haben das so angepasst, dass es wieder konform ist. Die roten Zonen sind die lautesten. Bei der Verzinkerei und in diesem Quartier haben wir die Problematik, dass die Häuser eigentlich in der falschen Zone sind. Die Leute reklamieren und das gibt immer wieder Diskussionen. Wir haben von Bern ein Rechtsgutachten erhalten und die Gemeinde kann nicht belangt werden. Irgendwann wurde beschlossen, dass dort gebaut werden kann. Damals haben viele Leute dort auch in der Nähe bei der Persil oder der Verzinkerei gearbeitet. Heute ist das anders und viele Leute konnten dort ein günstiges Eigenheim erwerben. Im Moment werden die Wohnblöcke saniert, aber nicht neu gebaut. Wir haben eine ähnliche Situation bei den Genossenschaftswohnungen im Grüssen. Man muss dazu sagen, dass der grössere Teil der Leute zufrieden ist, aber es gibt auch Reklamationen. Zum Schluss möchte ich mich bei allen Mitgliedern der Kommission bedanken. Nach den Sitzungen durften wir uns jeweils in die Augen schauen.

**Werner Graber:** Das ganze Zonenreglement ist im Rahmen von Pratteln Mitte dem Raumplanungs- und Baugesetz des Kantons angepasst worden. Wir haben die Artikel aufeinander abgestimmt. Aus diesem Grund wurden viele Artikel geändert und die Pläne müssen genehmigt werden. Alle BPK-Mitglieder waren auch in der Kommission Pratteln Mitte tätig. Wir hoffen, dass wir mit der Lesung zügig vorankommen und der

Einwohnerrat nicht das ganze Reglement auf den Kopf stellt. Im Weiteren mache ich Sie darauf aufmerksam, dass wir eine neue Beschlussfassung vorgelegt haben. Als Experte steht auch Herr Vogt von Planteam S AG zur Verfügung.

**Gert Ruder:** Ich wiederhole jetzt Dinge, die ich schon an der Juni Sitzung erwähnt habe. Auch nach der Beratung durch die BPK muss leider festgestellt werden, dass dem Langsamverkehr immer noch zu wenig Beachtung geschenkt wird. Das Problem an der Wasenstrasse scheint gelöst zu sein. Was jedoch den Langsamverkehr und den Schutz der Fussgänger und Radfahrer betrifft, ist der Strassennetzplan Pratteln Mitte planerisch kein grosser Wurf. Man kann sogar sagen, dass er ein Tritt in den Hintern der umweltschonenden Verkehrsteilnehmer ist. Es gibt nur eine einzige gefahrlos zu befahrende Velo-Bahnunterquerung. Die Unterführung beim Mattenweg. Alle anderen sind entweder zu eng oder führen mühsam über eine Passerelle. Ein besonderer Schandfleck ist der Nordausgang beim Bahnhof. Für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer ist das schlicht nicht passierbar und eine Zumutung. Die BPK zitiert in ihrem Bericht, dass der Zonenplan ein übergeordnetes Planungsinstrument ist. Das gilt wohl auch für den Strassennetzplan. So wie dieser aber heute vorliegt, bedeutet er im Bereich des Langsamverkehrs eher eine Unterordnung der Schwachen. Das kann doch nicht im Ernst des Gemeinderates und des Einwohnerrates sein. Wir wollen doch eine attraktive Wohngemeinde und dazu gehören Fuss- und Velowege. Auch die Beantwortung der Fragen im BPK-Bericht ist nur teilweise zufriedenstellend. Vieles bleibt vage und verlangt nach einer Nachbesserung. Die sichere Fussgängerüberquerung im Hohenrain muss umgehend realisiert werden. Der bestehende Fussgängerstreifen ist bereits am richtigen Ort. Es braucht nur noch die Lichtsignalanlage. Eine Nord-Süd-Unterquerung für Velofahrer im Bereich des Bahnhofs ist dringend und zwingend nötig. Eine Ablehnung des vorliegenden Geschäfts ist wohl wenig sinnvoll, denn sie enthält auch gutes. Die SP-Fraktion wird sich vermehrt dem Fussgänger- und Veloverkehr annehmen und entsprechende Vorstösse im Rat deponieren. Zur Begleitkommission: Dieses Vorgehen ist durchaus eine machbare Variante und bringt in wichtigen Teilbereichen akzeptable Lösungsvorschläge. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die Entscheidungen hier im Rat, oder später vom Souverän gefällt werden müssen. Auch bei guten Vorbereitungen geht gerne etwas verloren. So wäre es angebracht gewesen, einen Verkehrsexperten in die Kommission zu berufen, der mehr auf die Velofahrer und Fussgänger Rücksicht genommen hätte. Eine Begleitkommission darf nicht den Einwohnerrat aushebeln. Eine „Feigenblattaktion“, wie sie der Kanton im Mitwirkungsprozedere bei Salina Raurica inszeniert hat, darf in Pratteln nicht passieren. Ich bitte den Gemeinderat, diesen Hinweis in Zukunft zu beachten.

**Petra Ramseier:** Der Weg mit der Begleitkommission ist der richtige Weg gewesen. Wir sind mit der Planung Pratteln Mitte einverstanden, werden aber zwei Anträge einbringen.

**Urs Hess:** Die Begleitkommission und die BPK haben eine gute Arbeit geleistet und ich muss Gert Ruder ganz klar widersprechen. Das hat weder Hände noch Füsse. Man hat auch auf den Langsamverkehr Rücksicht genommen und die Details gehören nicht in einen übergeordneten Plan. Die BPK hat alle Fragen abgeklärt und wir haben nun ein ausgewogenes Instrument, das verabschiedet werden kann. Die Störmanöver der Grünen sind für Pratteln Mitte nicht gut. Es wäre schade, wenn Pratteln Mitte wegen der Spezialanträge scheitern würde. Der Einwohnerrat hat das letzte Wort und ich bitte Sie, dem Geschäft zuzustimmen.

**GP Beat Stingelin:** Der Nordausgang beim Bahnhof ist tatsächlich „himmeltraurig“. Aber bevor acqua basilea in Betrieb geht, muss dort eine rollstuhlgängige Rampe gebaut werden. Das hat der Einwohnerrat mit der Genehmigung von Raurica Nova beschlossen. Die direkte Querverbindung zum Grüssen als Fussweg geht durch das Buss-Areal. Zur Hohenrainstrasse: Das ist eine Kantonsstrasse und wurde mit dem Mittelstreifen entschärft. Hier muss der Kanton Hand bieten und eine Ampel installie-

ren. Die Unterführung Salinenstrasse ist enthalten. Das ist tatsächlich ein Schwachpunkt und zusammen mit der Unterführung Gallenweg muss dies nochmals in Angriff genommen werden. Das hat man schon vor 25 Jahren im Einwohnerrat diskutiert und das Befahren des Trottoirs ist keine Lösung. Zum Verkehrsexperten: Dieser ist ein „sehr grüner“, aber die Details haben wir in der Planung nicht geregelt und auch den Langsamverkehr haben wir nicht vergessen. Zum Artikel 31: Dieser ist bereits sehr mutig formuliert und mit dem Antrag von Petra Ramseier gehe ich davon aus, dass dies der Kanton nicht sanktionieren wird. Zum Artikel 6 der Ergänzungsbestimmungen: Ich möchte das geforderte Informationsblatt nicht bei Pratteln Mitte haben. Die Bepflanzung am Bahnhof ist nicht die gleiche wie in der Rheinebene. In Pratteln Nord kommt die Bepflanzung hinein und grundsätzlich habt ihr dem in Pratteln Nord zugestimmt.

**Siegfried Siegrist:** Die eingesetzte, breit abgestützte Begleitkommission hat das Geschäft sehr gut beraten. Dabei war auch ein Verkehrsplaner. Ich möchte der BPK für ihre schnelle Reaktion herzlich danken. Wir unterstützen die Anträge der BPK.

**Kurt Lanz:** Für den Langsamverkehr hätte man mehr machen können. Eigentlich möchte ich die Hohenrainstrasse auch mit dem Velo überqueren. Mit dem Gallenweg könnte man eine Verbindung machen, die zulässt, dass man in das Einkaufsparadies Grüssen oder gar in die Längi kommt. Dieser Zugang fehlt. Wir stimmen den Plänen zu, aber der Langsamverkehr muss mehr gefördert werden.

**GP Beat Stingelin:** Es ist vorgesehen, dass der Gallenweg als ÖV-Trasse geführt wird. Dort kommt auch der Langsamverkehr ins Grüssenquartier. Den Verkehr aus dem Coop-Areal will man durch das Buss-Areal auf den Kreisel Grüssenhölzli lotsen. Im Gallenweg rechne ich mit einer Busverbindung und nicht mit der erwähnten Tramlinie.

#### 1. Lesung (gelbes Dossier)

##### Art. 31 Antennenanlagen

**Petra Ramseier:** Wir stellen den Antrag, die Aufzählung wie folgt zu ergänzen: **„in der Wohnzone (neu)“**. Die Haltung gegenüber Mobilfunk-Antennenanlagen hat sich geändert. Auch der Hauseigentümerverband plädiert dafür, dass in der gesamten Bauzone keine Mobilfunkantennen aufgestellt werden sollen. Das ist keine wahnsinnige Einschränkung und eine moderate Forderung.

://: Mit 15 : 13 Stimmen und 6 Enthaltungen wird der Antrag von Petra Ramseier angenommen.

##### Ergänzende Bestimmungen Art. 7 (neu) (neue Nummerierung)

**Petra Ramseier:** Wir stellen den Antrag für einen neuen Artikel: **„Gestaltung der Grünflächen / Die Grünflächen sind so zu gestalten, dass sie der Erhaltung der typischen Lebensräume der Rheinebene dienen. Der Gemeinderat erlässt dazu ein Informationsblatt“**. Beat Stingelin hat gesagt, dass es nicht hierher gehört. Meiner Meinung nach gehört es hier hinein und ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

**GP Beat Stingelin:** Wenn wir Pratteln Nord behandeln, dann kommt das in das Reglement. Wir können nicht jetzt etwas hinein nehmen, wenn noch keine Planung vorhanden ist. Das wäre nicht korrekt. Wenn dort nichts geht, dann zählt das alte Recht.

**Petra Ramseier:** Im Artikel 1 heisst es: „Die Zonenvorschriften finden Anwendung in den Gewerbe- und Industriezonen innerhalb des Planungsperrimeters Salina Raurica.“ Das betrifft das ja.

**Herr Vogt, Planteam S AG:** Für Pratteln Mitte gelten die eben behandelten Artikel der Zonenbestimmungen. Im Gebiet Salina Raurica bestand bis Mitte Juni 2007 eine Planungszone. Es war voraussehbar, dass die Planungszone wieder aufgehoben wird, bevor wir eine rechtsgültige Planung haben. Deshalb mussten wir diese Ergänzungsbestimmungen zum Zonenreglement Siedlung Pratteln Nord weiter rechtsgültig belassen. Wir heben das alte Zonenreglement auf, ausser den Ergänzungsbestimmungen. Das ist bestehendes Recht und das müssen wir beibehalten, bis das Gebiet Pratteln Nord mit einer neuen Planung abgelöst werden kann. Das Gebiet Schweizerhalle hat der Gemeinderat bereits behandelt und wird dann im Einwohnerrat beraten.

://: Mit 17 : 17 Stimmen und mit Stichtscheid des Einwohnerratspräsidenten wird der Antrag von Petra Ramseier angenommen.

1. Lesung abgeschlossen

## **Geschäft Nr. 2496**

## **Betriebsverein SPITEX Pratteln-Augst-Giebenach / Verlängerung Finanzvertrag**

### Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 10. Juli 2007

**GR Max Hippenmeyer:** Der bestehende Vertrag läuft Ende Jahr aus. In der Zwischenzeit hat sich die Ausgangslage ein wenig verändert. Ab 1. Januar 2008 fliessen keine Bundessubventionen mehr und die Gemeinden müssen das voll tragen. Die Aufwändungen sind höher geworden. Das ist nicht so schlimm, weil das der Kanton gewissermassen mit der Reduktion des EL-Schlüssels kompensiert. Es ist somit fast kostenneutral. Eine Anmerkung: Das im alten Finanzvertrag erwähnte Spitexgesetz hat der Landrat aufgehoben. Durch die Tücke beim Speichern ist das aber im vorliegenden Text verblieben. Selbstverständlich bezieht sich das auf den Paragraphen 43 des Gesundheitsgesetzes, das ab 1. Januar 2008 in Kraft treten wird. Wir werden den Vertrag abändern. Materiell ändert das nichts und Sie können der Vorlage mit ruhigem Gewissen zustimmen. Ich bitte Sie, der Vorlage zuzustimmen, damit wir für die nächsten drei Jahre die Gewähr haben, dass die Spitex einen ausgezeichneten Service erbringen kann.

**Brigitte Frei:** Wir sind für Eintreten. Die Spitex braucht es und leistet einen wertvollen Beitrag für das Leben und Wohnen zu Hause. Pflegebedürftige Personen können dank der Pflege in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und müssen nicht in ein Heim oder Spital eintreten. *(kurzer Tonausfall)*

**Eva Keller:** Auch die SP-Fraktion ist für die Vorlage. Die Spitex ist auch Arbeitgeber für 43 Mitarbeitende und auch Lehrlingsbetrieb. Die Spitex ist nicht nur für ältere Menschen, sondern kann von allen Einwohnerinnen und Einwohner genutzt werden.

**Christian Schäublin, Dominic Strub und Olga Aeberhard** sind für Eintreten und können der Vorlage zustimmen.

://: Eintreten ist unbestritten

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der bestehende Finanzvertrag 2006/2007 wird um drei Jahre bis zum 31. Dezember 2010 verlängert. Der jährliche Pauschalbetrag wird auf CHF 980'000.— festgelegt.

## Geschäft Nr. 2363

## Motion 2363 betr. „Blockzeitenreglement“ / Bericht und Antrag des Gemeinderates vom 10. Juli 2007

### Aktenhinweis:

- Motion Nr. 2363 vom 1. Januar 2005
- Antrag des Gemeinderates vom 3. April 2007
- Antrag des Gemeinderates vom 10. Juli 2007

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen. Die Begründung ist im Antrag erwähnt.

**Urs Hess:** Selbstverständlich können wir dieser Abschreibung überhaupt nicht zustimmen. Hier haben wir ein Geschäft, wo der Gemeinderat das Volk betrogen hat. Er verschleudert Geld und der Einwohnerrat hat nichts dazu zu sagen. Man hat absichtlich die ganze Vorlage hinausgezögert und das riecht nicht nach Demokratie.

**Dieter Stohler:** Die FDP-Fraktion kann sich mit der Abschreibung nicht einverstanden erklären, entweder mit Enthaltungen oder Ablehnung des Antrages. Es ist unschön, wenn die politische Diskussion mit zweifelhaften juristischen Argumenten abgewürgt wird. Vor allem wenn der Antrag des Gemeinderates nicht zwingend ist. Sie können sagen: zwei Juristen, drei Meinungen. Ich kenne das und es trifft auch zu. Genauso können zwei „normale Menschen“ drei Meinungen haben. Ich bitte Sie, zwischen Juristen und Nichtjuristen keinen Unterschied zu machen. Paragraf 12, Absatz 3 vom Bildungsgesetz sieht ausdrücklich vor, dass die Gemeinden im Bereich der Blockzeiten abweichende Bestimmungen erlassen können. Und im Paragraf 106 steht, dass eine Lösung innert drei Jahren installiert werden muss. Wenn man die Stellungnahme des Kantons liest, interpretiert und für bare Münze nimmt, dann heisst das in der Konsequenz nichts anderes, als dass wenn sich eine Gemeinde für eine Lösung entschieden hat, dann kann sie niemals mehr wechseln. Auch nicht, wenn sie abweichende Blockzeiten beschlossen hat und dann 20 Jahre später die umfassenden Blockzeiten einführen will. Das würde nach der Stellungnahme von Dr. Möller nicht gehen! Das kann es nicht sein. Paragraf 12, Absatz 3 gibt den Gemeinden die Möglichkeit. Ich habe das mit Dr. Möller besprochen und er hat mir attestiert, dass meine Interpretation durchaus auch zulässig wäre. Ich will keinen juristischen Streit lostreten, aber wir finden es schade, dass man der Kantonsmeinung sehr blindlings gefolgt ist, ohne das Ganze kritisch zu würdigen.

**Benedikt Schmidt:** Wir verstehen den Ärger von Urs Hess. Vom Inhalt her sind wir für eine Abschreibung. Blockzeiten gehören einfach zu einem attraktiven Schulstandort. Ein attraktiver Schulstandort bringt auch die guten Steuerzahler.

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Es ist überhaupt keine Absicht dahinter. Das Blockzeitenreglement wurde angenommen und die Motion wurde hinfällig. Danach wurde ein Jahr lang korrespondiert und auch Urs Hess war involviert. Die Blockzeiten sind wichtig und ich weiss nicht, warum wir überhaupt noch Juristen in Liestal haben: Wir haben eine verbindliche Auskunft erhalten und dann wird bei einer anderen Anfrage ge-

sagt, dass man es auch anders auslegen kann. Fragen wir weitere Personen beim Kanton, würden wir nochmals eine andere Antwort erhalten. Die Frist ist abgelaufen.

Der Rat beschliesst mit 18 : 14 Stimmen und 2 Enthaltungen:

://: Die Motion Nr. 2363 wird aufgrund von § 109 des Bildungsgesetzes und der in Aussicht gestellten Nichtgenehmigung des Reglements durch die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion abgeschrieben.

## **Geschäft Nr. 2478**

## **Interpellation von B. Künzli betr. „Trinationaler Atom-Schutzverband der Bevölkerung um das Atom- kraftwerk Fessenheim“**

### Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2485 und schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 7. August 2007

://: Der Rat beschliesst Diskussion

**Benedikt Schmidt:** Ich weiss nicht, was Beatrice Künzli zu dieser Beantwortung gesagt hätte. Ich habe nie grosse Erwartungen gehabt, vom Gemeinderat eine Antwort zu erhalten, die mir gefällt. Aber die Antwort zu Frage zwei untertrifft meine Erwartungen und ich hätte mir schon eine substanziellere Antwort gewünscht. Der Gemeinderat verschanzt sich hier hinter formellen Argumentationen. Das ist eine dünne Antwort, denn es gibt im Kanton einige Gemeinden, die sich dem Schutzverband angeschlossen haben. Es geht um den Schutz der Bevölkerung und das muss nicht unbedingt delegiert werden. Die Gemeinde ist auch in anderer Sache sehr aktiv und beim Güterverkehr hat sich der Gemeinderat sehr stark engagiert.

## **Geschäft Nr. 2480**

## **Teilrevision des Personalreglements vom 24. Januar 2000, 2. Lesung**

### Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 3. April 2007
- Antrag des Gemeinderates für die 2. Lesung vom 24. Juli 2007

### Ausstand:

Chantal Jenny und Dominic Strub

### 2. Lesung

### § 42 1ter

**Mandana Roozpeikar** beantragt *1ter im § 42* zu streichen. Wir haben momentan eine Gemeinde, die versucht, statt Leistungen zu honorieren, Lohn abzubauen. Und das in einer gut laufenden Wirtschaftslage. Mit dieser Regelung nimmt man den Anreiz, für

die Gemeinde zu arbeiten oder gibt Anreiz, die Stelle zu wechseln. Mit dieser Idee wird der reale Lohn gesenkt. Es stellt sich die Frage: Heute das Krankentaggeld, was ist morgen dran? Überspitzt formuliert kann man auch sagen, dass der Anreiz weggenommen wird, gesund zu sein. Ich will das aber niemandem unterstellen.

**Kurt Lanz:** Das passt nicht in das konjunkturelle Umfeld und es ist tatsächlich so, dass eine Lohnkürzung vorliegt. Ich bitte Sie, dem Streichungsantrag zuzustimmen.

**GR Max Hippenmeyer:** Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Es geht nicht um Lohnabbau, sondern darum, die gleichen Bedingungen wie in der Privatwirtschaft zu schaffen: eine paritätische Beteiligung an den Sozialleistungen. Die Angestellten sind bei der Gemeinde betreffend Sozialleistungen recht gut abgedeckt.

**Dieter Stohler:** Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Es ist geradezu eine böartige Unterstellung, es sei weniger Anreiz da, gesund zu sein. Im Übrigen teile ich die Ansicht von GR Max Hippenmeyer und man darf ein Reglement nicht nach dem aktuellen konjunkturellen Umfeld machen. In zwei Jahren kann alles anders sein. Das ist eine sehr kurzfristige Politik. Entscheidend ist, was marktüblich ist.

**Urs Hess:** Auch die SVP-Fraktion möchte an der Fassung der 1. Lesung festhalten und wir lehnen den Antrag ab. So etwas eigenartiges, wie es Mandana Roozpeikar formuliert hat, habe ich noch nie gehört. Das Gegenteil ist der Fall und wird in der Privatwirtschaft schon lange so gehandhabt.

**Kurt Lanz:** Ich sehe es anders, aber ich gebe meinen Vorrednern recht, dass die Anstellungsbedingungen in der Privatwirtschaft so sind. Für mich ist entscheidend, dass bei der Anstellung genau diese Hälfte ein Bestandteil des Lohnes gewesen ist. Das ist eine Art Besitzstandswahrung. Aus diesem Grund ist das mit der Privatwirtschaft nicht vergleichbar. Wenn der Gemeinderat die Löhne um so viel anhebt, wie die Lohnreduktion ausmacht, dann bin ich selbstverständlich sofort dafür. Ich gebe Dieter Stohler recht, dass ein Reglement nicht aufgrund der konjunkturellen Lage gemacht werden darf. Wenn der Gemeinderat das nicht in Form einer Treueprämie ausgleicht, dann beschliessen wir eine Lohnkürzung. Ich bitte Sie, dem Streichungsantrag zuzustimmen.

://: Mit 16 : 13 Stimmen und einigen Enthaltungen wird der Streichungsantrag von Mandana Roozpeikar abgelehnt.

### § 1, Absatz 3 c

://: Auf Antrag von Mauro Pavan beschliesst der Rat Rückkommen *(irrtümlicherweise wurde der Antrag dem 2/3-Mehr unterstellt, es braucht jedoch nur eine einfache Zustimmung des Rates, Ziff. 3.2.8).*

**Mauro Pavan** beantragt den *Punkt c im Absatz 3 (Teilzeitpersonal im Stundenlohn)* zu streichen. Theoretisch kann das bei allen angewendet werden, die weniger als 100 Prozent angestellt sind.

**GP Beat Stingelin:** Ich bitte Sie, das c nicht zu streichen. Es ist nicht so, dass wir alle mit Teilzeitpensen im Stundenlohn anstellen wollen. Wir haben beim Reinigungspersonal sehr viele Wechsel und wir müssen Anstellungen verlängern, wenn jemand krank ist. Im Weiteren geht es um das Personal an der Schwimmbadkasse. Bei diesen Personen macht es Sinn, diese so anzustellen. Der Aufwand ist sehr gross. Es geht also nicht um andere Personen und es wird auch nicht gewünscht, dass es andere sind. Wir haben nachgefragt und bei den anderen Gemeinden ist das auch so.

Man darf uns nicht unterstellen, dass wir alle so anstellen und schlank durchkommen wollen. Das ist jetzt nicht der Fall und wird auch in Zukunft nicht der Fall sein.

**Urs Hess:** Ich bitte Sie, dem Antrag nicht zuzustimmen. Der Gemeindepräsident hat das Wesentliche gesagt.

**Kurt Lanz:** Um wie viele Stellenprocente geht es?

**GP Beat Stingelin:** Es sind 30 Mitarbeitende mit unterschiedlichen Stellenprozenten.

**Kurt Lanz:** Die Formulierung könnte heissen: „Teilzeitangestellte mit einem Pensum von weniger als 30 Prozent“. Es könnten auch 40 Prozent sein, aber wir haben eine klare Grenze.

**Dieter Stohler:** Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, weil er nicht praktikabel ist. Im Stundenlohn gibt es oft ein Pensum, das nicht in Prozent ausgedrückt werden kann. Es gibt variable Stundeneinsätze und das können in einem Monat 20 Stunden und im nächsten Monat 2 Stunden sein. Anwendung findet das bei Aushilfen, Kranken- oder Ferienvertretungen. Es ist nicht praktikabel, das in einem öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnis abzuwickeln und in ein dauerndes Pensum umzurechnen.

**Mauro Pavan:** Die Aushilfen sind zeitlich befristet angestellt und diese sind ja weiterhin unter Punkt a erwähnt.

**GP Beat Stingelin:** Nein, diese sind nicht befristet, sondern im Stundenlohn. Ich kann doch dem Personal im Schwimmbad nicht sagen, dass es befristet angestellt sei. Diesen Sommer haben die betroffenen Frauen tatsächlich keine Arbeit gehabt, aber wir können diesen Personen doch kein Pensum geben. Bei einer Verlängerung aufgrund von Krankheit geht es auch bei den Putzfrauen um Stunden.

://: Mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen wird der Antrag von Mauro Pavan abgelehnt.

#### Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit 28 : 2 Stimmen und 2 Enthaltungen:

://: Die Teilrevision des Personalreglements vom 24. Januar 2000 wird genehmigt.

### **Geschäft Nr. 2484**

### **Teilrevision des Abfallreglements vom 25. November 2002: - Ausnahmen vom Entsorgungsmonopol bei siedlungsähnlichen Abfällen aus Industrie, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben - Einführung des Bussenanerkennungsverfahrens**

#### Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeindrates vom 15. Mai 2007

**GR Felix Knöpfel:** Aufgrund von neuen Erkenntnissen wollen wir das Geschäft zurückziehen. Wir wollten diese neuen Erkenntnisse nicht separat vorlegen und mit der bestehenden Vorlage vermischen. Wir werden Ihnen die neue Vorlage in der Oktober-Sitzung vorlegen.

://: Der Gemeinderat nimmt das Geschäft Nr. 2484 zurück.

## **Geschäft Nr. 2485**

## **Interpellation von Thomas Vogelsperger betr. „Bioklappe in Pratteln“**

### Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2485 und schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 24. Juli 2007

://: Der Rat beschliesst Diskussion

**Thomas Vogelsperger:** Ich danke für die Beantwortung. Ich bin damit zufrieden, möchte aber noch ein paar Bemerkungen anbringen. Bei den Fragen 1,2 und 5 möchte ich darauf hinweisen, dass es ganz wichtig ist, dass es eine Sammlung von Haus zu Haus gibt. Damit ist auch eine Bioabfallsammlung für Mieter möglich. Zu den Fragen 3 und 4: Wenn sich eine Möglichkeit ergibt, dann bitte ich Sie, diese Zusammenarbeit in Betracht zu ziehen. Zur Frage 6: Es ist nicht nur ein ökologischer Gedanke dahinter. Ökologie kann früher oder später Geld kosten oder auch Geld sparen. Die Bioabfälle sind sehr wasserhaltig und durch die Zuführung in eine Vergärung kann man auch die KVA entlasten.

**GR Felix Knöpfel:** Wir sammeln seit drei Jahren auf privater Basis Grünabfälle. Allerdings weiss ich auch nicht, wohin diese gehen. Wir sind daran, eine Submission zu machen, damit wir ab Januar auf dem ganzen Gemeindegebiet diese Abfälle einsammeln können. Das wird aber etwas kosten und die Vorlage wird nach der Submission ausgearbeitet und Ihnen vorgelegt. Viele Gemeinden sind noch nicht so weit wie wir und wir machen das im Moment noch alleine.

## **Geschäft Nr. 2486**

## **Postulat von Erich Weisskopf betr. „Kein Schleichverkehr im Neusatzweg“**

### Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2486

**GR Ruedi Handschin:** Es handelt sich eher um eine Interpellation. Wir haben heute die Möglichkeit, die Verkehrsströme mit einem Gerät zu messen. Das kann man im Neusatzweg einsetzen und der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

**Erich Weisskopf:** Ich bedanke mich für die Bearbeitung meines Anliegens. Ich offeriere einen Tag Ferien, damit sich die Kommissionsmitglieder vor Ort ein Bild machen können und eine rationelle und saubere Lösung für den Neusatzweg gefunden werden kann.

**Benedikt Schmidt:** Nachdem die SVP-Funktionäre einen Vertrag mit dem Volk unterschrieben haben freut es mich, dass die SVP auch tatsächlich etwas für das Volk machen will. Selbstverständlich sind wir für das Postulat. Eine Möglichkeit wäre eine Wohnstrasse. Ich bitte den Gemeinderat, nicht erst zu messen, sondern gleich zu prüfen und zu berichten. Es wäre jedoch sinnvoll gewesen, solche Massnahmen grösserflächig einzurichten und nicht eine Salamtaktik zu wählen.

**Mauro Pavan:** Wir sind für Überweisung des Postulats.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr und einigen Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2486 wird an den Gemeinderat überwiesen.

## **Geschäft Nr. 2494**

## **Motion von Rudolf Meury betr. Revision des Reglements über die Vergütung der Behörden, Kommissionen und nebenamtliche Funktionen der Gemeinde Pratteln (Behördenreglement) vom 24. Mai 2004**

### Aktenhinweis:

- Motion Nr. 2494

**GP Beat Stingelin:** Der Gemeinderat ist bereit, dass diese Motion erheblich erklärt wird. Der vorgegebene Termin ist sehr sportlich und wir haben ein Problem damit. Im Reglement heisst es „innert nützlicher Frist“ und wir werden das auch machen.

**Rudolf Meury:** Ich möchte noch einige Beispiele hervorheben. Die Sitzungsleitung durch die Präsidentin der VB oder des Schulrates gibt nur ein einfaches Sitzungsgeld. Das ist unbefriedigend. Der Gemeindepräsident erhält neben den 80'000 Franken noch eine weitere Entschädigung als Departementsvorsteher von 21'000 Franken. Im Behördenreglement ist das nicht so klar definiert und muss besser formuliert werden. Zu den 28 Franken: Es ist zu überlegen, ob hier nicht eine leichte Erhöhung in Betracht gezogen werden müsste.

**Emil Job:** Auch die Unabhängigen sind dafür, dass die Motion für erheblich erklärt wird. Speziell bei der Sozialhilfe- und Vormundschaftsbehörde ist die Entschädigung zu überprüfen. Dort fällt viel Aktenstudium an.

**Stephan Burgunder:** Wir haben die Zahlen studiert und verglichen. Einzig Max Hippenmeyer ist schlecht bedient, aber sonst bewegen wir uns im Mittel. Nach der Erwähnung konkreter Beispiele werden wir auch dafür sein, dass die Motion für erheblich erklärt wird. In Ziffer 3.1.4 des Wohnerratsreglements wird die Frist mit einem Jahr angegeben. Ich denke, die Frist muss hier herausgenommen werden.

**Christian Schäublin:** Auch wir befürworten die Motion. Einige Entschädigungen sind zu tief, wenn man sieht, was an Arbeit geleistet wird. In gewissen Bereichen ist das Behördenreglement unausgewogen. Gerade im Bereich der Vormundschafts- und Sozialhilfebehörde, wo ein grosser Aufwand für das Aktenstudium anfällt und nicht abgegolten wird. Die Leute sind so nicht motiviert, weiter zu arbeiten und es fehlt der Anreiz, ein solches Amt überhaupt anzunehmen. Es wird immer schwieriger, diese Leute zu finden. Die Formulierung betreffend Salär Gemeindepräsident ist unklar und

muss diskutiert werden. Im Vergleich zur Vormundschaft- und Sozialhilfebehörde mutet diese Entschädigung wie ein stattliches Managersalär an.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Motion Nr. 2494 wird erheblich erklärt.

---

**Geschäft Nr. 2495****Postulat von Stefan Löw betr.  
„Prattler Dorfkerngestaltung“**Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2495

**GR Rolf Wehrli:** Der Gemeinderat nimmt das Postulat gerne entgegen.

**Stefan Löw:** Am 25. Juni 2001 habe ich eine Motion eingereicht und am 24. März 2003 wurde diese im Rat behandelt und deutlich abgelehnt. Ich war damals frustriert, aber umso mehr freut es mich, dass mein Postulat jetzt die Zustimmung vom Gemeinderat erhalten hat und er die Notwendigkeit sieht. Wir müssen eine Gesamtschau machen und die Bedürfnisse anschauen. Ich betone: Wir brauchen nicht nur eine, sondern mehrere Varianten. Ich bin bereit, in einer allfälligen Begleitkommission Einsitz zu nehmen und mitzuarbeiten. Alle Vereine und Institutionen müssen dort ihre Ideen einbringen, damit wir Leben in den Dorfkern hineinbringen und multikulturell nutzen können.

**Rudolf Meury:** Ich staune. Denn vor einigen Monaten wurde mir gesagt, dass man keine Vorstösse einreichen soll, wenn es bereits in den Legislaturzielen steht. Praktisch alle Punkte stehen in den Legislaturzielen. Einzig Punkt 5 steht nirgends.

**Urs Schneider:** Die SVP sieht es ähnlich wie Rudolf Meury und für uns ist es eher eine Interpellation. Ideen hat man schon in der Presse gelesen und wir werden das Postulat nicht überweisen.

**Stefan Löw:** Mit Verwunderung nehme ich diese oberflächlichen Voten zur Kenntnis. Die Erfahrung zeigt, dass es höchste Zeit ist, das alte Konzept nach 20 Jahren wieder in die Hand zu nehmen und zu überdenken. Entscheidend sind nicht die Legislaturziele, sondern mein Antrag am Schluss. Man muss sich Gedanken darüber machen, was man im Dorfkern ansiedeln will. Damit es verständlicher ist, habe ich die Gedanken im Postulat formuliert. Ich verstehe nicht, dass man sich dagegen wehrt und ich finde das fast fahrlässig.

Der Rat beschliesst mit 21 : 9 Stimmen und 3 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2495 wird an den Gemeinderat überwiesen.

---

Die Sitzung wurde um 21.30 Uhr beendet.

Pratteln, 4. September 2007

Für die Richtigkeit:

**EINWOHNERRAT PRATTELN**

Der Präsident

Der Sekretär

Stephan Ackermann

Bruno Helfenberger